

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Forderungen an die neue Regierung: Arbeitnehmerrechte stärken!

Am 15. Oktober gibt es eine Richtungsentscheidung: ÖVP, FPÖ und Neos wollen den Sozialstaat entsorgen und die Arbeitnehmerrechte schwächen. Die FSG hingegen fordert, dass die enormen Leistungen der Beschäftigten endlich honoriert werden.

Die zukünftige Bundesregierung muss die Arbeit entlasten, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, Bildungschancen ausbauen und die Arbeitswelt menschlicher gestalten. Denn die ArbeitnehmerInnen sind die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie erarbeiten den Wohlstand, von dem wenige profitieren. Deshalb gehört ihnen auch ein gerechter Anteil.

Mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem bringen

ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen leisten zusammen mehr als acht von zehn Steuereuros. Unternehmen und Vermögende tragen gerade einmal etwas mehr als einen Euro bei. Daher müssen Lohn und Einkommensteuern gesenkt und die Steuern auf Millionenvermögen und -erbschaften erhöht bzw. eingeführt werden.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Außerdem muss die Bundesregierung vehement gegen die Arbeitslosigkeit ankämpfen, etwa durch eine Ausweitung der „Aktion 20.000“ auf Langzeitarbeitslose im Haupterwerbsalter. Zudem braucht es ein klares Bekenntnis der Regierung zum öffentlichen Pensionssystem nach dem Umlageverfahren und zu lebensstandardsichernden Pensionen. Im Arbeitsrecht ist eine mittelfristige Senkung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche und eine sechste Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren für alle notwendig. ■



Dr. Johann Kalliauer
AK Präsident und
ÖGB Landesvorsitzender